

## I BDI-Vertretung bei der Europäischen Union

### Paradigmenwechsel in der EU-Wirtschaftspolitik?

Im Oktober 2005 hat Kommissar Günter Verheugen ein neues Grundlagenprogramm zur europäischen Industriepolitik vorgelegt. Auf früheren Entwürfen aufbauend, unternimmt die Kommission eine Bestandsaufnahme zum verarbeitenden Gewerbe in Europa und legt dar, mit welchen Maßnahmen sie die EU-Wettbewerbsfähigkeit stärken will: sieben sektorale und sieben übergreifende Initiativen.

Die Mitteilung wird von der Industrie allseits begrüßt. Sie zeigt konkrete Schritte in die Zukunft, folgt einem ordnungoliberalen Ansatz und verdient daher die Unterstützung der deutschen Wirtschaft.

Einen Richtungswechsel der Kommission läßt auch die Initiative „Bessere Rechtsetzung“ erkennen. Durch eine Prüfung laufender Legislativverfahren, die Vereinfachung bestehender Regeln sowie die Einführung einer verpflichtenden Folgenabschätzung für alle Angelegenheiten auf der Agenda der EU soll der Gesamtumfang des EU-Rechts, derzeit bedrohliche 90.000 Seiten, um gut ein Viertel reduziert werden. Der Ansatz der Kommission entspricht Appellen aus der Wirtschaft. Der BDI hatte bereits vor Jahren gefordert, alle Vorschriften, deren Vollzug zu übermäßigen Belastungen der Unternehmen führt, einer umfassenden Prüfung zu unterziehen.

Die genannten Schritte lassen bereits mehr als Ansätze einer Kurskorrektur

erkennen, die in den Augen der Wirtschaft zur Verwirklichung der Lissabonner Strategie für Wachstum und Beschäftigung dringend geboten erscheint.

Der BDI befürwortet diese Aktivitäten und erkennt die Bereitschaft von Industriekom-

mern im Europäischen Parlament in Brüssel, warum die Globalisierung die Schaffung und die Sicherung von Arbeitsplätzen in Europa ermöglicht.

In einer Mitteilung zum informellen Gipfel der Staats- und Regierungschefs in



„A competitive Europe can only be based on growth, employment and productivity. (...) China and India will not wait. If Europe does not catch up, it will end up in an even worse mess.“

Ernest-Antoine Seillière, UNICE-Präsident

missar Verheugen an, sie durch zahlreiche Gespräche zu begleiten. Erfolg werden sich auf breiterer Basis allerdings nur dann einstellen können, wenn der neue Ansatz von allen Dienststellen der Kommission in konsequenter Weise umgesetzt und auf alle Politikfelder angewandt wird. Der Bereich der Umweltpolitik mit REACH und den thematischen Strategien (u. a. Luftqualität, Ressourcen, Abfall, Bodenschutz) wird dafür als Gradmesser dienen können.

### Globalisierung und Wettbewerbsfähigkeit, Competitiveness Day der UNICE

Zunehmendes Gewicht in der Diskussion um die Konkurrenzfähigkeit der EU kommt dem Prozess der Globalisierung zu. Dies war Thema des dritten „Competitiveness Day“ der UNICE. BDI-Präsident Thumann erläuterte vor fast 1000 Teilneh-

Hampton Court Ende Oktober betonte die EU-Kommission dagegen insbesondere die Herausforderungen an das europäische Sozialmodell, die dieser Prozess mit sich bringt. In die falsche Richtung geht der Plan, einen Globalisierungsfonds einzurichten. Dies wurde beim Europäischen Rat in Brüssel am 15./16. Dezember 2005 beschlossen.

### Außenhandel und Wettbewerbsfähigkeit

In der ersten Jahreshälfte beschäftigte sich die GD Handel mit dem strategischen Beitrag der Außenwirtschaft zur Lissabon-Agenda. Der BDI begrüßte dies, forderte von der Kommission jedoch, dass die Strategie zu neuen Initiativen zur Öffnung der für die europäische Wirtschaft wichtigen Märkte führen solle. Im Mittelpunkt der Kommissionsinitiative steht die Marktöffnungsstrategie und die Prüfung, ob Ein-



Beim „Competitiveness Day“ der UNICE: Jürgen Thumann mit Ernest-Antoine Seillière, UNICE-Präsident, Baron Daniel Janssen, Vorstandsvorsitzender der Solvay SA, und Philippe de Buck, UNICE-Hauptgeschäftsführer, sowie Kommissionspräsident José Manuel Barroso.

führen von dringend benötigten Vormaterialien erleichtert werden sollen. Der BDI sieht darin eine verpasste Gelegenheit, die EU-Außenwirtschaftspolitik im Sinne der Lissabon-Ziele dynamischer und unternehmensnäher zu gestalten.

### Thematische Umweltstrategien

Die Kommission hat im Laufe des Jahres die im sechsten Umweltaktionsprogramm vorgesehenen thematischen Strategien vorbereitet. Zu den Themen Luft, Ressourcennutzung, Abfall und Meeresumwelt wurden Strategien verabschiedet. Der BDI hatte sich im Vorfeld intensiv an der Diskussion um die Ausgestaltung der thematischen Strategien beteiligt. Er begrüßt die Initiativen, mahnt jedoch an, bei der weiteren Ausformung die Grundsätze der besseren Rechtsetzung anzuwenden, Überregulierungen zu vermeiden und kosteneffiziente Lösungen zu suchen. Dabei kommt insbesondere der von der Kommission eingesetzten hochrangigen Gruppe „Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt“ große Bedeutung zu.

### Arbeitsprogramm der Kommission für 2006

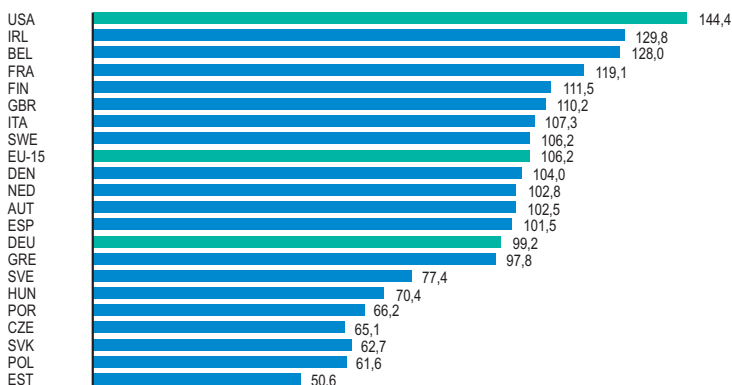
Im November hat Kommissionspräsident José Manuel Barroso das Arbeitsprogramm der Kommission für 2006 dem Parlament vorgestellt. Die Agenda nimmt die Initiative „Bessere Rechtsetzung“ in den Fokus, fällt relativ schlank aus und lässt insofern die Neuprogrammierung der Kommissionstätigkeit erkennen. Kritik erfährt das Dokument in der Bewertung des BDI im Systematischen: So wird etwa der Bereich Außenwirtschaft dem Kapitel „Solidarität mit der Welt“ zugeordnet, nicht aber dem Feld „Wohlstand“, in dessen Kontext die Wirtschaft ihn zu treffend sieht.

### Themen und Veranstaltungen

Anlässlich der 17. „Brüsseler Wirtschaftsgespräche“ des BDI im Juni 2005 berichtete Klaus-Peter Müller, Vorstandssprecher der Commerzbank AG,

### Arbeitsproduktivität pro Einwohner

im Jahr 2005 EU-25=100



Quelle: European Round Table 2005

zum Thema „Soziale Marktwirtschaft zwischen Neid und Anspruchsdenken“. In gleichem Rahmen trug am 19. Oktober EU-Wirtschaftskommissar Joaquín Almunia zum Thema „Confronting European Challenges“ vor und stellte dabei erstmals öffentlich die Wiederaufnahme des Defizitverfahrens gegen Deutschland in Aussicht.

Auf der BDI-Geschäftsführerkonferenz in Brüssel am 23./24. Mai 2005 erläuterte Kommissar Janez Potocnik das siebte EU-Forschungsrahmenprogramm, der

ausschusses mit Kommissar Andris Piebalgs zu einer Besprechung im Vorfeld des Grünbuchs zur Energieeffizienz. Bei einem Treffen von BDI-Präsident Thumann mit dem Kommissar Markos Kyprianou am 28. Juni 2005 ging es um Fragen der Lebensmittelsicherheit und der Vereinheitlichung des Zivilrechts in Europa.

EU-Kommissar Peter Mandelson stellte am 9. März 2005 dem BDI-Ausschuss Außenwirtschaft seine Strategie für die WTO-Verhandlungen vor. Im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz von Hongkong



„Die Wiederbelebung der Konjunktur ist einer der Schlüssel im Defizitverfahren gegen Deutschland. Wir brauchen eine stärkere Binnennachfrage, die Reform der Sozialversicherungssysteme und mehr Vertrauen der Bürger in die Politik.“

Dr. Ludolf v. Wartenberg

Vorsitzende der EVP-Fraktion Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering sprach zu den aktuellen Herausforderungen an die EU: Verfassung, Finanzierung und Erweiterung.

Am 20. Januar 2005 präsentierte der Vorstand des BDI-Ausschusses für Verteidigungswirtschaft Kommissar Verheugen die besonderen Anliegen der deutschen wehrtechnischen Industrie. Am 18. Februar traf sich der Vorstand des BDI-Energie-

kom es am 28. November zu einem weiteren Meinungsaustausch der BDI-Vizepräsidenten mit dem Kommissar. Bei einem Sonderrat der Vizepräsidenten der UNICE am 21. März 2005 in Brüssel sprachen Medien-Kommissarin Viviane Reding und der Regierungschef von Luxemburg, Jean-Claude Juncker. Während Juncker sich für eine Umgestaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aussprach, unterstrich BDI-Prä-

sident Thumann die Position der deutschen Wirtschaft, die für die Beibehaltung eines strikteren Regimes votiert hatte.

Auf der Jahrestagung des BDE am 6. Oktober 2005 in Brüssel nahm der BDI an einer Podiumsdiskussion über die Zukunft der Entsorgungswirtschaft teil. Die Runde, an der u.a. der Vorsitzende des Unterausschusses im EP, Karl-Heinz Florenz, BDE-Präsident Peter Hoffmeyer sowie Prof. Paul H. Brunner, Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen, teilnahmen, konzentrierte sich auf die Frage nach dem richtigen Maß zwischen Umwelt- und Industriepolitik.

Eine gemeinschaftliche Sonderveranstaltung mit dem Deutschen Generalkonsul in Barcelona am 12. Dezember 2005 befasste sich mit dem EU-Gemeinschaftsprojekt eines Fusionsreaktors (ITER).

Im Laufe des Jahres organisierte der BDI in Zusammenarbeit mit dem Brüsseler Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung drei handelspolitische Diskussionsrunden. Im Mittelpunkt standen die Rolle des handelspolitischen Ausschusses des Parlaments, die Strategie der Kommission für die WTO-Konferenz in Hongkong und die Verflechtungen zwischen europäischer Handels- und Entwicklungspolitik.

#### **I Intensiver Dialog mit dem Parlament**

Neben regulären Gesprächen in Brüssel trifft sich der BDI seit einiger Zeit mit den

Mitgliedern des Europäischen Parlaments auch im gemeinschaftlichem Rahmen mit dem holländischen Schwesterverband VNO-NCW. In diesem Rahmen fanden im Februar 2005 Gespräche mit deutschen Abgeordneten über das öffentliche Auftragswesen und die Energiepolitik statt und im April über REACH und die Dienstleistungsrichtlinie. Im September und im November wurde mit niederländischen Parlamentariern erneut über die Dienstleistungsrichtlinie gesprochen.

Den Abend des 20. Oktober 2005 widmete BDI-Präsident Thumann anlässlich seines Brüssel-Besuchs zum Competitiveness Day den deutschen Mitgliedern der ALDE-Fraktion. Gegenstand des Gesprächs waren industriepolitische Themen sowie die Ausrichtung der Europapolitik unter der neuen Bundesregierung. Am 19. Oktober traf der BDI im Rahmen des Europa-DIALOGs in der EU-Vertretung des Landes Baden-Württemberg mit dortigen Europaabgeordneten zu einem Meinungsaustausch über REACH zusammen.

#### **Informations- und Meinungsaustausch ausgebaut**

Auch im Jahr 2005 veranstaltete das Brüsseler Büro monatliche Zusammenkünfte des deutschen EU-Wirtschaftskreises. Gemeinsam mit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland richtete der BDI Briefings zu den Treffen der Räte für Umwelt, Wettbewerbsfähigkeit sowie Verkehr, Telekom-

munikation und Energie aus. Dem regelmäßigen Meinungsaustausch diente auch der handelspolitische Dialog von BDI und Ständiger Vertretung gemeinsam mit Vertretern von Kommission und Parlament in Brüssel und Straßburg.

#### **I BDI-Berichte aus Brüssel**

Der aktuellen Information dienten weiterhin die monatlich erscheinenden BDI-Newsletter „brüssel aktuell“ und „Neues vom EU-Wirtschaftsrecht“. Eine Vorschau auf die wesentlichen industrierelevanten Sitzungen der europäischen Institutionen gestattet die „Brüsseler Woche“.

#### **Bürogemeinschaft Brüssel gewachsen**

Die BDI-Bürogemeinschaft konnte weiter ausgebaut werden. Zum Jahresanfang 2005 wurden die Europa-Büros der Altana AG, Lanxess AG, Schott AG, der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen sowie die Vertretungen von zwei BDI-Mitgliedern des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) und der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM), in die Hausgemeinschaft aufgenommen.

[www.bdi-online.de/bruessel](http://www.bdi-online.de/bruessel)



EU-Handelskommissar Peter Mandelson beim BDI in Berlin

## I Europapolitik

### **In Europas Politik muss jetzt ein Primat der Wettbewerbsfähigkeit gelten. Nur so schafft die EU mehr Wachstum und Beschäftigung.**

Mit der Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden ist die EU in eine schwierige Situation geraten. Jetzt kommt es darauf an, klare Prioritäten zu setzen. Die Konsolidierung Europas muss Vorrang haben. Zwar ist die EU auch ökonomisch eine Erfolgsgeschichte, sie muss aber dynamischer und schneller werden.

Im globalen Wettstreit mit den USA und Asien steht Europa vor großen Herausforderungen. Mehr Innovationskraft, mehr Investitionen, mehr Wachstum, mehr Beschäftigung – darum muss es jetzt gehen. Deshalb fordert der BDI für die Politik in Europa ein Primat der Wettbewerbsfähigkeit. Die Industrie in Deutschland hat großes Interesse an einer handlungsfähigen EU, dem Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung. Unternehmen und Bürger profitieren von der europäischen Integration.

Der BDI setzt sich für eine weitere Vertiefung der EU, für das Prinzip der Subsidiarität und für eine Modernisierung der europäischen Verträge ein. In einer Grundsatzklärung hat das Präsidium des BDI den Europäischen Rat aufgerufen, Handlungsfähigkeit zu zeigen und bei den Bürgern für Europa zu werben.

### **I Europäischen Binnenmarkt vollenden**

Ein funktionsfähiger Binnenmarkt hat für die exportorientierte deutsche Wirtschaft grundlegende Bedeutung. Er kann seine Wohlstand fördernde Wirkung aber nur voll entfalten, wenn die Umsetzung von Binnenmarktrecht in nationales Recht sichergestellt wird, bessere Rechtsetzung auf europäischer Ebene Priorität genießt und die Marktöffnung – besonders für grenzüberschreitende Dienstleistungen – vorankommt.

Die Gesamtbilanz zur nationalen Umsetzung von Binnenmarktrecht bleibt unbefriedigend. In vielen Mitgliedstaaten bestehen Defizite. Deutschland konnte seinen Rückstand in 2005 abbauen und liegt mit einem Umsetzungsdefizit von 1,4 Prozent erfreulicherweise unter dem europäischen Durchschnitt. Kritisch bleibt die hohe Zahl von Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland (106 von insgesamt 1069).

In den vergangenen Jahren hat die Regulierungsdichte auf europäischer Ebene Besorgnis erregend zugenommen, besonders in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Oftmals beruft sich die Kommission bei Legislativvorhaben auf ihre Binnenmarktkompetenz. Für die im Wettbewerb stehenden Unternehmen ist es entscheidend, nicht unverhältnismäßigen Belastungen unterworfen zu werden. Deshalb sind die Initiativen der EU-Ratspräsidenten und der Kommission zu Rechts-

vereinfachung und zur „Besseren Rechtsetzung“ nachdrücklich zu unterstützen. Ein Ziel muss auch Deregulierung sein. Ebenso wichtig ist eine praktikable Folgenabschätzung, bei der die Auswirkungen von Rechtsetzung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen vorrangig berücksichtigt werden.

Der von der Kommission vorgelegte Richtlinienentwurf über „Dienstleistung im Binnenmarkt“ wurde 2005 besonders kontrovers diskutiert. Der BDI hat sich früh für eine zügige Marktöffnung sowie den Abbau von Bürokratie bei grenzüberschreitenden Geschäften ausgesprochen. Das „Herkunftslandprinzip“ wäre geeignet, dafür den Weg zu bereiten.

### **Mit Lissabon-Strategie Wachstumsschwäche überwinden**

Im März 2005 hat der Europäische Rat beschlossen, die Lissabon-Strategie neu auszurichten. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen soll stärker als bisher im Mittelpunkt stehen. Die Staats- und Regierungschefs reagierten damit auf die Empfehlungen der Kommission und der von Wim Kok geleiteten „Hochrangigen Gruppe“. Der BDI hatte im Januar 2005 darauf gedrängt, die Lissabon-Strategie endlich auf die Ursachen der europäischen Wachstumsschwäche zu konzentrieren. Die Mitgliedstaaten müssen zu weiteren Strukturreformen bereit sein. Und auch im Legislativprogramm der Kommission muss die Neuausrichtung stärker sichtbar werden.



BDI-Delegationsreise nach Italien: BDI-Präsident Jürgen R. Thumann mit dem italienischen Minister für Industrie, Claudio Scajola und Confindustria-Präsident Luca Cordero di Montezemolo

Im Herbst 2005 haben die Mitgliedstaaten ihre „Nationalen Reformprogramme“ (NRP) zur Lissabon-Strategie vorgelegt. In ihrem am 25. Januar 2006 vorgelegten Fortschrittsbericht bewertet die Kommission diese NRP und fordert ehrgeizigere Schritte für höhere Investitionen in Bildung und Forschung, Entlastung für KMUs, in der Beschäftigungs- und Energiepolitik. Auf dieser Basis soll der Frühjahrsgipfel im März 2006 über Maßnahmen und Zeitvorgaben entscheiden. Der BDI unterstützt diesen Ansatz. Doch mangelt es an klaren Prioritäten. Und nicht Berichte schaffen in Europa mehr Wachstum. Brüssel und die EU-Mitgliedstaaten sind im Sinne der Subsidiarität gleichermaßen gefordert, zu handeln und greifbare Erfolge zu erzielen.

Die Kommission legte im Oktober 2005 ihre dritte Mitteilung zur europäischen Industriepolitik vor. Stärker als bisher steht die Industriepolitik im Kontext der Lissabon-Strategie. Mit Recht wird die Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes für Wachstum und Beschäftigung in ganz Europa herausgestellt.

Die Kommission schlägt sieben sektorübergreifende Maßnahmen vor (siehe Grafik). Parallel dazu sind sektorspezifische Maßnahmen, u.a. in den Bereichen Automobil, Verteidigung, Raumfahrt und Arzneimittel geplant. Der BDI begrüßt die Initiative der Kommission, wird aber weiter darauf achten, dass Industriepolitik auf europäischer Ebene vorrangig bessere Rahmenbedingungen schafft für die Industrie insgesamt und für einzelne Industriezweige.

### Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit stärken

Im April 2005 hat die Kommission ein „Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP)“ vorgeschlagen. Es soll von 2007 bis 2013 mit dazu beitragen, die neu fokussierte Lissabon-Strategie sowie die Gemeinschaftsstrategie für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Ziele sind, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen – insbesondere der KMU – zu fördern, Innovationen voranzutreiben, die

## EU-Industriepolitik: Sektorenübergreifende Initiativen ins Werk setzen

- Schutz geistigen Eigentums
- Gruppe für „Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt“
- Wettbewerbsfähigkeit und Marktzugang
- Vereinfachung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften
- Verbesserung sektorspezifischer Qualifikationen
- Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe
- Industrielle Forschung und Innovation

Quelle: KOM (2005) 474



Entwicklung der Informationsgesellschaft zu beschleunigen sowie die Energieeffizienz und die Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen zu verbessern. Der BDI unterstützt die Grundanliegen des Programms und hat mit Blick auf die Beratungen im Europäischen Parlament dazu ein Positionspapier vorgelegt. Die Bündelung von Programmen und Einzelmaßnahmen kann europäischen Mehrwert bringen. Für den Erfolg des Programms bleibt entscheidend, dass die Unternehmen möglichst einfachen und unbürokratischen Zugang finden. Hierfür können Netzwerkpartner wie die bewährten „Euro Info Centren (EIC)“ eine bedeutende Rolle übernehmen. Das EIC im BDI bietet seit vielen Jahren umfassende und praxisnahe Informationen zum Binnenmarkt.

### EU-Finzen neu ausrichten

Die Einigung des Europäischen Rats am 17. Dezember 2005 über die Finanzielle Vorausschau für die Jahre 2007 bis 2013 hat der BDI begrüßt. Bedeutsam ist die vorgesehene Deckelung des Haushaltsvolumens auf 1,045 % des BNE. Auch das geplante teilweise Abschmelzen des so genannten „Britten-Rabatts“ ist richtig. Doch der BDI wirbt weiter für eine Neuausrichtung der EU-Finzen hin zu weniger Umverteilung, mehr Innovation und mehr Wettbewerbsfähigkeit. Die ver-

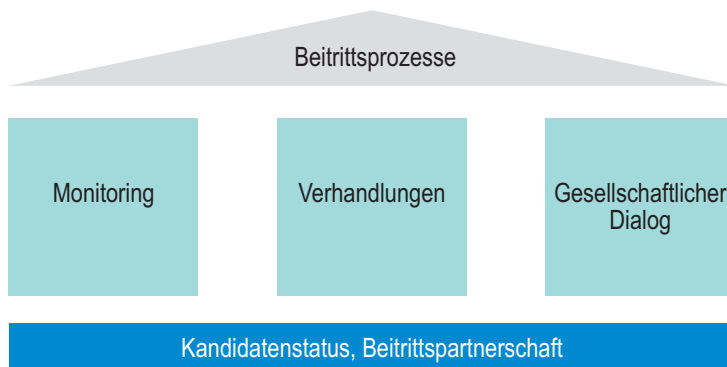
einbarte Revision 2008 muss für strukturelle Verbesserung und faire Lastenverteilung unter der Maxime der sparsamen Haushaltsführung genutzt werden.

Auf Reformen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes haben sich die EU-Finanzminister im Frühjahr 2005 geeinigt. Der Beschluss wurde in zwei Verordnungen der Kommission umgesetzt und im Juni 2005 von den Finanzministern der EU verabschiedet. Die Änderungen stellen die ökonomische Einzelfallbetrachtung in den Vordergrund. Die Grenzwerte von 3 Prozent für die Neuverschuldung und von 60 Prozent für das gesamtstaatliche Defizit werden zwar nicht angetastet. Wird jedoch ein Defizitverfahren eingeleitet, kann die Kommission deutlich mehr Ausnahmetatbestände berücksichtigen. Fristen zur Defizitminderung können gestreckt werden. Der BDI hat ein ums andere mal darauf hingewiesen, dass diese Änderungen große Risiken bergen. Wenn nämlich die Kommission ihre Bewertung von Kriterien mit großem Ermessensspielraum abhängig machen muss, wird die Durchsetzung des Paktes erschwert.

### Erweiterung der EU behutsam voran bringen

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitglieder im Mai 2004 war

## EU-Erweiterung mit Augenmaß vorantreiben



Quelle: BDI



ein historischer Schritt. Die Aufnahme der neuen Länder in den Binnenmarkt ist ein wirtschaftlicher Erfolg. Viele deutsche Unternehmen profitieren von den dynamischen Märkten in Mittel- und Osteuropa. Sie haben enge Handelsbeziehungen aufgebaut und sind mittels Investitionen in der wirtschaftlich aufstrebenden Region engagiert. Im November 2005 hat die

Ernst&Young AG durchführte. Dazu wurde eine Studie mit vergleichenden Daten veröffentlicht. Im Frühjahr 2006 wird entschieden, ob der EU-Beitritt beider Länder wie geplant zum Januar 2007 oder, nach Aufruf der im Beitrittsvertrag verankerten „Superschutzklausel“, erst 2008 erfolgt. Mit UNICE hat sich der BDI dafür ausgesprochen, den Beitritt in 2007



„Seit mehr als zehn Jahren entfaltet der EU-Binnenmarkt eine wohlstandsfördernde Wirkung. Es muss gelingen, dessen Potenzial für Wachstum und Beschäftigung noch besser auszuschöpfen.“

Dr. Arend Oetker, BDI-Vizepräsident

Kommission ein Strategiepapier zu künftigen Erweiterungen vorgelegt. Sie will mittels „Konsolidierung“, „Konditionalität“ und „Kommunikation“ eine behutsame Erweiterungspolitik der EU unter Beachtung ihrer Aufnahmefähigkeit sicherstellen. Für die Annäherung der Länder des westlichen Balkan an die EU skizziert sie einen mehrstufigen Fahrplan ohne zeitliche Festlegungen.

Das Arbeits- und Wirtschaftsrecht von Rumänien und Bulgarien war im April 2005 Gegenstand der Seminarreihe „EUplus“, die der BDI gemeinsam mit der

zu ermöglichen, wenn nicht schwerwiegende Gründe dagegen stehen. Der BDI hatte die Federführung für die Berichterstattung zu Bulgarien übernommen. Kroatien und die Türkei haben im Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen. Diese werden als ergebnisoffener Prozess geführt. Im Ergebnis sind lange Übergangszeiten, Ausnahmeregelungen und dauerhafte Schutzklauseln denkbar. Aus Sicht der Wirtschaft ist hervorzuheben, dass beide Länder einem strikten „Monitoring“ ihrer Fortschritte auf dem Weg in die EU unterworfen sind. UNICE hat im September 2005

durch eine praxisgestützte Berichterstattung das Monitoring der Kommission ergänzt. Die geplante Förderung des zivilgesellschaftlichen Dialogs kann den Beitrittsprozess sinnvoll unterfüttern. Der BDI wird prüfen, inwieweit er sich daran interessengeleitet beteiligen kann.

Die Wirtschaftsbeziehungen mit der Türkei entwickeln sich seit Jahren dynamisch. Der BDI setzt sich im Deutsch-Türkischen Kooperationsrat dafür ein, die Wirtschaftsbeziehungen weiter zu vertiefen. Die Zollunion zwischen der Türkei und der EU feierte im Januar 2006 ihr zehnjähriges Bestehen. Aber das wirtschaftliche Potenzial ist sicher nicht ausgeschöpft. Eine Einbindung der Türkei in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) könnte erhebliche Impulse für die Wirtschaft in der Türkei und in der EU auslösen.

Um ihre Nachbarstaaten politisch und wirtschaftlich stärker an sich zu binden, hat die EU eine „Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)“ vorgeschlagen. Bis Ende 2005 wurden sieben länderspezifische ENP-Aktionspläne ausgehandelt und angenommen. Die Verabschiedung weiterer Aktionspläne (Armenien, Aserbaidschan, Ägypten, Georgien, Libanon) sind für 2006 und 2007 vorgesehen. BDI und UNICE unterstützen die Kommission auf diesem Weg, der jenseits einer politischen EU-Beitrittsperspektive liegt. Voraussetzungen für den Erfolg der ENP sind eine angemessene Finanzausstattung sowie der Wille der Partnerländer, ihre Märkte zu öffnen.

Deutschland übernimmt im ersten Halbjahr 2007 die EU-Ratspräsidentschaft. Der BDI arbeitet bereits jetzt mit den zuständigen Berliner Ressorts an Programmen der Bundesregierung. Er wird vor allem daran gehen, die zentralen industriepolitischen Themen einzubringen: bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen, für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung, Gesetzesfolgenabschätzung und Bürokratieabbau konsequent voranbringen, Märkte weiter öffnen.

[www.bdi-online.de/europapolitik](http://www.bdi-online.de/europapolitik)